

Schießstand soll eingemauert werden

Bürgerinitiative fordert Verein Hubertus im Streit um Ausbau zu mehr Entgegenkommen auf

Von Jürgen Wolfram

Forstenried/Pullach - Zur Zeit herrscht auf Seiten des Kontrahenten Schweigen im Walde, und das kommt der Bürgerinitiative *Forstenrieder Park ohne Schießanlage* verdächtig vor. „Offensichtlich will die Vorstandschaft des Schützenvereins Hubertus das Gespräch mit uns und der Öffentlichkeit, anders als angekündigt, keineswegs suchen“, beklagt Jörg Schneider, Sprecher der Initiative. Dafür gehe jetzt sein Bündnis von mittlerweile 200 Mitgliedern „in die Offensive“. Man habe die Bedenken gegen einen Ausbau der Schießanlage in Unterdill nochmals schriftlich allen relevanten Behörden und Politikern zukommen lassen - und sie daran erinnert, dass schon 13 500 Bürger per Unterschrift ihren Unmut über die Schützenpläne bekundet haben.

„Noch lange kein Ende im Streit mit Hubertus“ sieht auch Heinz Kuhnert, Vorsitzender der vor allem in Forstenried und Solln verankerten Bürgerinitiative. Er moniert Informationsdefizite seitens der Schützen und vermisst die Veröffentlichung eines angekündigten geänderten Bauantrags. Nachdem das Referat für Gesundheit und Umwelt der Stadt München „eine auch von uns dringend geforderte Bodenuntersuchung bei Hubertus“ angeordnet habe, erwarte die Initiative jetzt für ein eventuelles zukünftiges Genehmigungsverfahren eine Umsetzung der Forderungen, „wie sie in seit Jahren bekannten und aktuell bestätigten behördlichen Gutachten, Untersuchungen und Meinungsäußerungen postuliert wurden“. Diese hätten den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zum Ziel und müssten deshalb Berücksichtigung finden. Man sei nicht generell gegen den Schießsport, versichert Kuhnert, aber durchaus „gegen die permanente gesundheitliche Gefährdung durch vermeidbaren Schießlärm, die Beeinträchtigung der Lebensqualität von Anwohnern, die Kontaminierung des Bodens und die Belästigung der Besucher des Naherholungsgebietes Forstenrieder Park“.

Zu den wesentlichen Forderungen der Bürgerinitiative gehört die „fugendichte“ Einhausung des Kugelstandes, ein Verzicht auf die Verlängerung der Schießzeiten sowie die umweltgerechte Entsorgung des Bodens, der jahrzehntelang durch das Verschießen von Bleischrot kontaminiert worden sei. Etwa sieben Tonnen dieser Reste sollen jährlich anfallen. Eine Gefährdung des Grundwassers dürfe dadurch nicht entstehen. Zu diesem Aspekt wird ein Gutachten verlangt.

Ferner spricht sich die Bürgerinitiative für ein Verbot des „Überschießens des Sicherheitszaunes mit Schrotkugeln“ aus. Erinnert wird an die Entdeckung von Römergräbern, eines Bombenkraters, von Resten eines Sprengplatzes und einer ehemaligen Flakstellung auf dem Vereinsgelände oder in dessen Umfeld. „Mögliche Aktivitäten zur Abwehr der davon ausgehenden Gefahren. . . sind uns nicht bekannt, müssten aber auf jeden Fall ergriffen werden“, heißt es im Forderungskatalog der Schießanlagen-Gegner.

Der Vorsitzende des Vereins Hubertus für Jagd- und Sportschützen, Ludwig Obermeier, weist die Darstellung der Bürgerinitiative entschieden zurück. Er und seine Vorstandskollegen seien nach wie vor gesprächsbereit, versichert Obermeier, nur ergebe ein Dialog derzeit „von Amts wegen“ keinen Sinn. Solange nämlich nicht klar sei, ob die Stadt oder der Landkreis München für Anträge seines Vereins zuständig ist, man also nicht einmal wisse, wohin man sich mit seinen Ausbauwünschen wenden soll, seien allen Beteiligten die Hände gebunden - „und die Bürgerinitiative weiß das auch“. Fehlender Verhandlungswille sei jedenfalls nicht im Spiel. Es bleibe im Gegenteil beim Versprechen, die Bürgerinitiative in alle weiteren Planungen einzubeziehen, beteuert Obermeier.